

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 6. August 1880.

Nr. 364.

Deutschland.

*** Berlin, 5. August. Am 28. und 29. Juli haben die Leiter der Finanzverwaltungen der deutschen Bundesstaaten auf Anregung und unter Vorsitz des preussischen Finanzministers in Koburg vertrauliche Besprechungen gepflogen. Diese haben nicht, wie vielfach irrtümlich in öffentlichen Blättern unterstellt ist, auf die Aufstellung neuer oder auf die Diskassion schon vorhandener Steuerprojekte oder auf Zollangelegenheiten sich bezogen, sondern auf die Frage, ob und in welchem Umfang der bisher vermischte und mittelbare Zusammenhang zwischen der Reichssteuerreform und einer entsprechenden Ermäßigung der Steuer in den einzelnen Bundesstaaten überall herzustellen sei. Hierüber zu einer Verständigung, und zwar ungeachtet der großen Verschiedenheiten der Finanzlage und der Finanzverfassungen der einzelnen Staaten, zu einer möglichst einhelligen Verständigung zu gelangen, erschien erwünscht, um den nächsten Schritten zu weiterer Ausbildung des Reichssteuersystems den Boden nach Möglichkeit zu ebnen. Die Verhandlungen haben, wie ich vernehme, zu einem erwünschten Ergebnis geführt. Die in der Konferenz vertretenen Regierungen sollen sich einstimmig in der Entscheidung vereinigt haben, die Mehreinnahmen, welche von den in der letzten Bundesrats- und Reichstags-Session in Aussicht genommenen Besteuerungsgegenständen, — die Zustimmung des Reichstages vorausgesetzt — zu erzielen sein würden, unverkürzt der Verminderung der Steuerlast in den einzelnen Staaten zu widmen, und nach Maßgabe ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse auf deren Verwendung zu diesem Ziele hinzuwirken.

Hiesige Blätter vernehmen, daß die „Prov.-Korr.“, indem sie die thatsächlich unrichtigen Angaben der „Parlamentarischen Korrespondenz“ der Fortschrittspartei widerlegt, in Bezug auf die Angriffe dieser Korrespondenz auf die Jagdordnung im Jertum sei. Es wird als Beweis dafür angeführt, daß die fortschrittlichen Flugblätter nicht die Jagdordnung, sondern die Vorschläge der Herrenhaus-Kommission im Auge haben. Dem gegenüber bemerke ich, ohne in irgend welche Polemik einzutreten, daß die Angriffe des Flugblattes umso mehr keinen Boden haben, als füglich das, was eine Kommission beschließt, nicht als der Beschluß der Majorität des Hauses gelten kann. Welche Beschlüsse diese gefaßt haben würde, wenn die Regierung den von ihr vertretenen Standpunkt klar gelegt haben würde, weiß man nicht; man darf aber überzeugt sein, daß die Beschlüsse der Kommission keinenfalls acceptirt worden wären. Schließlich sei bemerkt, daß das Herrenhaus, wie bekannt, nicht aus Wahlen hervorgeht und also nach dieser Richtung hin das Flugblatt umsonst seine Lhren erhebt. Daß die „Prov.-Korr.“ aber nicht im Jertum gewesen, wird dadurch bewiesen, daß dieselbe schreibt: „Die neue Jagdordnung, welche bisher erst in der Kommission des Herrenhauses verfaßt worden ist u. s. w.“

Durch rechtskräftiges Erkenntnis des Appellationsgerichts zu Köln vom 5. Juni v. J. ist festgestellt, daß die Dienstentnahmen der Beamten, welche bei den in die Verwaltung des Staats übernommenen Privat-Eisenbahnen fungiren, für die Einziehung und Kürzung der ihnen früher bewilligten preussischen Civilpensionen in gleicher Weise, wie diejenigen der Beamten der Staats-Eisenbahnen, auch nach Erlaß des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 zu berücksichtigen sind. Bei der Uebereinstimmung der Vorschrift in § 27 Nr. 2 des letzteren Gesetzes mit derjenigen in § 27 Nr. 2 des Reichsgesetzes vom 31. März 1873, betr. die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, ist hinsichtlich der nach Maßgabe des Reichsgesetzes bewilligten Civilpensionen der gleiche Grundsatz anzunehmen. Demgemäß weisen die Minister der Finanzen und der öffentlichen Arbeiten in einem Erlaß vom 25. Juli 1880 zur Vermeidung der bisher stattgehabten Pensionrückgehungen die Direktionen und Kommissionen der Staats-Eisenbahnen an, sofort bei jeder gegen Zahlung einer Vergütung aus den Kassen der Eisenbahn-Gesellschaft stattfindenden Verwendung eines preussischen oder Reichs-Eisenbahn-Beamten als Eisenbahnbeamten derjenigen Behörde, aus deren Kasse derselbe sein Ruhegehalt empfängt, eine Mitteilung über die Art dieser Verwendung, den Zeitpunkt, von welchem an das neue Dienstverhältnis dem Pensionär gewährt wird, die Höhe dieses Einkommens, sowie darüber zugehen zu lassen, ob die

dauernde Beschäftigung des Beamten bei befriedigender Dienstführung beabsichtigt sei, oder ob es sich nur um vorübergehende Beschäftigung handle, endlich solche Mittheilungen bei einer Veränderung in den für die Kürzung oder Einziehung der Pension maßgebenden Verhältnissen des Beamten in entsprechender Weise zu ergänzen. Auf Beamte, welche bei den in die Verwaltung des Staats übernommenen Privatbahnen auf Grund ausdrücklicher Bestimmung als Gesellschaftsbeamte beschäftigt werden und somit nicht im Staatsdienst fungiren, findet das Vorstehende keine Anwendung.

Berlin, 5. August. Zum fünfunddreißigsten Male seit dem 10. November 1846 ist am 2. August d. J. in Baden-Baden die General-Versammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen daselbst zusammengetreten. Dem Jahresbericht für die Zeit von Mitte Juli 1879 bis dahin 1880 ist zu entnehmen, daß das gesamte Vereinsgebiet gegenwärtig eine Länge von 56,569 Kilometern hat, wovon 33,731 Kilometer auf die Bahnen des deutschen Reichs, 18,692 Kilometer auf die der Oesterreich-Ungarns und 4145 Kilometer auf die der übrigen mitteleuropäischen Staaten (Luxemburg, Holland, Belgien und Rumänien) entfallen. Für Statistiker mag es von Interesse sein, zu konstatiren, daß mit der Länge der Eisenbahnen, von den viele Hunderte von Kilometern umfassenden Seitengleisen u. ganz abgesehen, der Erdäquator 1 1/2 Mal umspannt werden könnte. Die Zahl der Vereinsverwaltungen beträgt 102, nämlich 53 deutsche mit 201 Stimmen, 38 österreichisch-ungarische mit 130 Stimmen und 11 fremdländische mit 34 Stimmen, so daß die absolute Majorität bei den deutschen Verwaltungen liegt. Von den fremdländischen Verwaltungen sind 6 holländische (incl. Luxemburg) mit 2012 Km. und 17 Stimmen.

Die im letzten Vereinsjahre vorgekommenen Änderungen von Firmen u. sind größtentheils durch die Verstaatlichung preussischer Privatbahnen hervorgerufen worden. Auch über die Thätigkeit der Sachkommissionen giebt der Jahresbericht ausführliche Auskunft. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete der Antrag betreffs einheitlicher Regelung über die Fahrpreis-Ermäßigungen für Kinder. Die Kommission für Angelegenheiten des Personenverkehrs, welche diese Frage vorbereitet hat, erachtet die thunlichst einheitliche Regelung für sehr empfehlenswerth und schlägt, wie schon neulich von und gemeldet worden, vor, die Altersgrenze für tariffrei zu befördernde Kinder auf drei Jahre — nicht, wie es kürzlich bei der preussischen Staatsbahn-Verwaltung eingeführt worden ist, vier Jahre — zu bestimmen und nur zwei Kinder auf eine erwachsene Person frei zu befördern. Kinder von 3 bis zu 10 Jahren sollen in allen Zugattungen in den drei ersten Wagenklassen zum halben Fahrpreis für Erwachsene und in vierter Klasse zum halben Preise der Personenzugbillets dritter Klasse befördert werden und 12 Kilogr. Freigezack, wo solches überhaupt besteht, genießen. Zwei Kinder bedürfen in allen Wagenklassen nur eines einfachen Billets. Die Versammlung nahm jedoch, wie man der „National-Zeitung“ berichtet, ein Amendement des Herrn von Simpson (Eilt-Insbrucker Bahn) an, dahin gehend, daß auch in der vierten Klasse für Kinder von 3 bis 10 Jahren nur der halbe Fahrpreis erhoben werden soll, also in Norddeutschland von 1 Pfennig pro Kilometer. Bei Begründung dieses Vorschlages wurde namentlich geltend gemacht, daß die Kinder der ärmeren Klassen gegen die der reicheren nicht benachtheiligt werden dürften.

Die Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen hat am 4. August ihre Arbeiten geschlossen. In der letzten Sitzung gelangte, nach der „N. A. Z.“, noch der Antrag auf Einführung von obligatorischen Bestimmungen für die Beladung von Brettern, Langholz, Stroh und Tabak zur Annahme. Als Ort der nächsten jährigen General-Versammlung wurde Köln bestimmt.

Durch die hiesigen wie auswärtigen Zeitungen gehen jetzt mit großer Empfasse Enthüllungen über italienisch-deutsche Beziehungen nach dem Kriege von 1866, aus der „Neuen Freien Presse“, die wieder ihre Kenntnis aus einem nächsten in Italien erscheinenden Werke schöpft. Unter diesen Enthüllungen nimmt ein Brief Mazzini's an den Grafen Bismarck die erste Stelle ein.

Von den erschaulichen Fortschritten, welche nach den Materialisten, dieses Jahrhundert verschönern, wird das Gedächtnis jedenfalls nicht berührt. Diese „Enthüllungen“ wurden nämlich zuerst in der „Germania“ vom August 1872 und später in der Florentiner „Epoca“ vom Februar und März 1875 schon „enthüllt“. Alles Alte wird wieder 'mal modern!

— Die „Post“ widmet heute ihren Leitartikel der Verwaltung von Elßa-Lothringen und sagt am Schluß:

Schule und Heerdienst sind die beiden Säulen, auf denen die endliche Vereinigung Elßa-Lothringens mit Deutschland beruht. Man hat stets daran festgehalten, diese beiden Erziehungsmittel zum Deutschthum diesem ihrem Zwecke unverkürzt zu erhalten. Zu diesem Ende ist die Schule als Veranstaltung des Staates nach preussisch-deutschen Grundsätzen eingerichtet und geleitet.

In dieser Hinsicht eine Abänderung der bisherigen Grundsätze eintreten zu lassen, würde ein verhängnisvoller Fehler sein. Insbesondere würde es die mehr als zehnjährige konsequente und, so weit sich übersehen läßt, erfolgreiche Erziehungs-Arbeit der Schule geradezu vernichten heißen, wenn letztere wiederum unter die Leitung der katholischen Geistlichkeit, welche in Elßa-Lothringen mehr als anderswo der nationalen und deutsch-patriotischen Gesinnung entbehrt, gestellt werden sollte. Auf nichts anderes aber sind die bekannten Resolutionen des Landesausschusses in der Schulfrage gerichtet: sie streben offen die Beseitigung des deutschen Schulsystems und die Ersetzung desselben durch das französische bis 1870 in Geltung gewesene Schulsystem an.

Berlin, 6. August. (Berl. Tagebl.) Zwölf Personen sind gestern Abend durch zwei gewaltige Explosionen in wahrhaft entsetzlicher Weise verstimmt worden. In den „Akademischen Bierhallen“ (Segeplatz) ist seit etwa drei Wochen ein Gasparapparat aufgestellt, der mit Gasäther nach Bedarf gefüllt werden muß. Um den Apparat gestern Abend zu füllen, begaben sich gegen 7 Uhr der Inspektor Julius Müller, der Kellner Sporrenreiter und der erst seit zwei Tagen im Dienst der „Akademischen Bierhallen“ stehende Arbeitsmann Johann Behrendt mit einem unverhüllten Lichte in den an der östlichen Seite des Hauses, direkt unter den mit Gassen dicht gefüllten Bierhallen, gelegenen kleinen Keller, in dem der Apparat steht. Aus dem Vorrathsräumen, in denen der Gasäther aufbewahrt wurde, hatte man einen Ballon entnommen, um aus diesem die Füllung zu bewerkstelligen. Wahrscheinlich ist man mit dem ungeschützten Lichte dem Keller zu nahe gekommen, denn plötzlich erfolgte eine heftige Detonation, die Gäste in den oberen Räumen sprangen entsetzt empor, die Thür nach oben flog aus dem Keller auf, während der marktschreierische Aufschrei der drei mit der Füllung beschäftigten Leute den Umfang des Unglücks erkennen ließ. Sofort wurde von dem Feuerwehler am Kupfergraben und von der Garde du Corps-Kaserne aus die Feuerwehr von dem Unglücksfall in Kenntniß gesetzt und wenige Minuten später trafen bereits die ersten Mannschaften ein. Bei der Größe der Gefahr wurde sofort „Mittel“ nachgemeldet, in Folge dessen weitere Mannschaften mit der Dampfspritze C vorrückten. Inzwischen war man bereits in den brennenden Keller eingedrungen und hatte die drei Verunglückten aus ihrer entsetzlichen Lage befreit. Der Inspektor Müller war verhältnismäßig glücklich davon gekommen, außer allerdings schweren Brandwunden an beiden Händen war er nicht weiter verletzt; der Kellner Sporrenreiter, dessen herzerweichendes Geschrei tief in das Kaskantenwäldchen hinein hörbar war, hat bedeutende Brandwunden an den Händen und im Gesicht erlitten, am schlimmsten aber ist der Arbeitsmann Behrendt verletzt, dessen Brandwunden sich als lebensgefährlich herausgestellt haben; die beiden Letzgenannten wurden sofort in die Langenbeck'sche Klinik geschafft, während Müller am Orte des Unfalls verblieben wurde und auch dort verblieb.

Das ausgebrochene Schandfeuer war währenddem durch zwei Handdruckspritzen schnell gelöscht worden, die Dampfspritze und die Mannschaften der fünften Kompagnie waren bereits wieder abgerückt und hatten der dritten Kompagnie allein das Feld überlassen. Um die nöthigen Aufräumarbeiten vorzunehmen, wurde nunmehr

der Oberfeuermann Teiler, Kleine Hamburger Straße 22 wohnhaft, die Feuerleute Kirsten, Straßburgerstraße 42, und Rabe, Mulackstraße 32 wohnhaft, sowie die Spritzenleute Heinrich, Zehle und vier andere Mann des Reservezuges, deren Namen bei vorgerückter Abendstunde nicht mehr zu ermitteln waren, beordert, sich in den Keller zu begeben, da sie nicht unverletzt wieder verlassen sollten. In der Bestürzung, welche die erste Explosion hervorrief, hatten die Hausbewohner es verabsäumt, die Feuerwehreute davon zu benachrichtigen, daß noch mehr Explosivstoffe in dem Kellerraum lagerten. Vielleicht haben auch gerade die 3 Verletzten allein davon Kunde gehabt; kaum hatten jedoch die 9 Feuerwehrmänner, ihrem Berufe nachkommend, den Keller betreten, als eine zweite Explosion erfolgte, die von noch weit fürchterlicheren Folgen begleitet war, als die erste. Die 9 Personen sind auf das Entsetzlichste verletzt und bei mehreren von ihnen lebensgefährlich man das Schlimmste. Grausig war der Anblick, als die Neun durch opfermuthige Kameraden aus dem brennenden Keller herausgeholt wurden. Alle ohne Ausnahme haben schwere Brandwunden an Händen, Füßen und Gesicht erlitten, zweien der Spritzenleute waren die Röcke buchstäblich vom Körper gebrannt, anderer Hände glühten zahllosen Fleischfetzen. Die Bestürzung war zu einer unbeschreiblichen. Das Küchenpersonal des Restaurants flüchtete durch die Fenster auf die Straße und selbst die Mannschaften der Feuerwehr waren Sekundenlang starr vor Entsetzen. Sofort wurde die Dampfspritze und die 5. Kompagnie von Neuem auf die Unglücksstelle zurückbeordert, um bei den Rettungsarbeiten hilfreiche Hand zu leisten. Auch diesmal erwies sich die Feuergefahr als unbedeutend. Für die Verwundeten war indessen einer der Mannschaftenswagen in Bereitschaft gestellt worden und unter Anwendung der größtmöglichen Sorgfalt wurden alle Neun in die Langenbeck'sche Klinik gefahren. Die Dampfspritze konnte sehr bald wieder abrüden, mehrere Jünger der Feuerwehr waren jedoch noch beschäftigt, als unser Berichterstatter die Brandstätte verließ.

Das von der Explosion betroffene Haus ist scheinbar nur unbedeutend beschädigt, erst eine nähere Untersuchung wird zeigen, ob die Deck-Konstruktion der Restaurationshalle gelitten hat. An der Brandstelle hatten sich viele Hunderte von Menschen versammelt. Der Polizei-Oberst Berquet, 4 Polizeileutenants und zahlreiche Schuppleute waren zur Stelle, doch war ein Einschreiten der Mannschaften an keiner Stelle erforderlich, da das Publikum, sichtlich erschüttert von der Größe des Unglücks, jeder Weisung bereitwillig Folge leistete.

Ansland.

Salonik, 27. Juli. In der Nacht von gestern zu heute wurden die Einwohner Saloniks gegen 4 Uhr Morgens durch wildes Geschrei der hiesigen Feuerwehr recht unliebsam aus ihren süßen Träumen geweckt. Ein weithin drohender Kanonenschuß, welcher von der Festung abgefeuert wurde, kündigte ihnen an, daß in der Stadt Feuer ausgebrochen sei. Noch halb träumend fuhr ich sofort in meine Kleider, eilte auf die Gasse und der Unglücksstätte zu. Das Schreien der Weifen, das Schmettern der Trompeten, und noch mehr das Gewimmer sich umdrängender Irasiliten machten einen seltsamen Eindruck auf das Ohr des in den Straßen Saloniks prominenten gebildeten Europäers. Sehr leicht konnte man den Schrecken und die Angst auf den Gesichtern lesen, vielleicht befürchtete man das Schlimmste, und nach hiesigen Verhältnissen nicht mit Unrecht. Auf meine Frage, wo denn eigentlich das Feuer sei, wurde mir die Antwort, im griechischen Konjulat. Dasselbst angekommen, fanden bereits eine Anzahl Menschen dicht gedrängt nebeneinander, um dem Schauspiel als stumme Zeugen zuzusehen. Die meisten Gegenstände waren bereits gerettet, auch von einem Verlust der Alten war nicht mehr zu sprechen. Wohl aber wurde von einem anderen Verlust, den das Konjulat zu beklagen hat, und einem guten Hund gesprochen, welchen einige türkische Polizei-Agenten aufgepaßt hätten. Schon seit Wochen kursirte das Gerücht in der Stadt, daß nicht nur in einzelnen Gebäuden hiesiger Griechen Waffen und Munition verborgen seien, sondern auch in den Gewölben im griechischen Konjulat.

Leider sollte sich dies einige Stunden nach dem Brande im vollsten Umfange bestätigen. Durch Verrath eines in diese Sache eingeweihten Individu-

